



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 546. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 21. November 1863.

Preußen.

Berlin, 20. Nov. [Amtliche.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichts-Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten, Rechnungsrath Paul Advenca zu Warendorf, dem Kreis-Bundarzt Drobegg zu Linz im Kreise Neuwied, und dem ersten Custos am Dom in Magdeburg und Lehrer am Dom-Gymnasium daselbst, Brandt, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Förster Krause zu Scherneck im Kreise Stendal, sowie den Kassenwärtern Strube und Goeritz zu Magdeburg das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Appellationsgerichts-Rath Delius in Köln den Charakter als Geheimen Justiz-Rath zu verleihen.

Der Baumeister Bader zu Berlin ist zum königlichen Landbaumeister ernannt und demselben die technische Hilfsarbeiter-Stelle bei der Regierung zu Merseburg verliehen worden.

Der bisherige Kreisrichter Schönfeld in Anklam ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Anklam, ernannt worden.

Die königliche Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Plenarsitzung vom 19. Nov. 1863 die Herren Henri Sainte-Clair-Deville in Paris und Karl Claus in Dorpat zu correspondirenden Mitgliedern ihrer physikalisch-mathematischen Klasse ernannt. (St. Anz.)

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachstehenden Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Decorationen zu ertheilen, und zwar: dem General-Lieutenant v. Winklerode, Commandeur der 13. Division; des Großkreuzes des großherzoglich sächsischen Hausordens vom weißen Falken, des sächsisch-waldeck'schen Militär-Verdienstkreuzes 1. Klasse, so wie der fürstlich lippe'schen und der fürstlich schaumburg-lippe'schen Militär-Verdienst-Medaille; dem General-Major v. Hobe, Commandeur der 13. Cavallerie-Brigade; der fürstlich lippe'schen und der fürstlich schaumburg-lippe'schen Mil.-Verdienst-Medaille; dem Gen.-Maj. v. Goeben, Commandeur der 26. Infanterie-Brigade; der fürstlich schaumburg-lippe'schen Mil.-Verdienst-Medaille; dem Obersten Bar. v. Buddenbrock, Command. des 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53, und dem Obersten von Willeben, Commandeur des 1. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 13; der fürstl. lippe'schen Militär-Verdienst-Medaille; dem Obersten v. Schwarzkoppen, Commandeur des 6. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 55; der fürstlich schaumburg-lippe'schen Verdienst-Medaille; dem als Adjutanten zur 13. Division commandirten Rittmeister v. Kleist des Ostpreussischen Kürassier-Regiments Nr. 3; des Militärkreuzes 1. Klasse des großherzoglich sächsischen Hausordens vom weißen Falken und des fürstlich waldeck'schen Militär-Verdienstkreuzes 2. Klasse, und dem Hauptmann Freiherrn v. Doernberg vom Generalstabe der 13. Division; der fürstlich lippe'schen Militär-Verdienst-Medaille.

Berlin, 20. Nov. [Se. Majestät der König] empfangen heute Mittag um 1 Uhr in allerhöchster Thron-Palais das Präsidium des Herrenhauses, und nahmen die Adresse dieses Hauses aus den Händen des Präsidenten, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode entgegen. Im Laufe des heutigen Vormittags empfingen Se. Majestät den General-Feldmarschall Freiherrn von Wrangel, den Minister des Königl. Hauses, Freih. v. Schleinitz, den General-Lieutenant Freih. von Moltke, den Polizei-Präsidenten von Bernuth und die Rittergutsbesitzer von Hommer-Ranzin und von Hommer-Murshin. Außerdem nahmen Allerhöchstdieselben im Beisein des Commandanten, General-Lieutenants von Alvensleben I., die militärischen Meldungen der Obersten von Graberg, von Januschowsky und des Oberst-Lieutenants Baron von Buttlar entgegen. Zu dem heute bei Se. Majestät stattfindenden Diner haben auch die hier anwesenden Mitglieder der Zollconferenz-Einladungen erhalten.

[Ihre Majestät die Königin Augusta] ist gestern Nachmittag von Koblenz am großherzoglichen Hofe zu Karlsruhe eingetroffen. [Ministerrath.] Heute Mittags 1 Uhr traten die Minister im auswärtigen Amte zu einer vertraulichen Beratung zusammen.

[Der General-Adjutant, General-Lieutenant v. Mantuffel.] ist von seinem Urlaub hier eingetroffen und hat seine Geschäfte wieder übernommen.

K. C. [Der Andrang zu der gestrigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten] war ein geradezu beispielloser; die Thürräuber an den Tribünen erklärten, so stark sei die Beteiligung des Publikums noch niemals gewesen; schon von 10 Uhr ab hatte eine große Menge Menschen an dem Hause auf Einlaß und gleich nach Eröffnung der Thüren, eine Stunde vor Anfang der Sitzung, waren die Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß viele Personen, die etwas später kamen, trotz ihrer Eintrittskarten wieder fortgehen mußten; andere warteten geduldig stundenlang auf den Treppen, um etwa freierwerdende Plätze gleich in Besitz nehmen zu können. Die Temperatur in dem so überfüllten Hause war daher schon bei Beginn der Sitzung wahrhaft schwül und von Stunde zu Stunde wurde die Luft dicker und unerträglich. Die mangelhafte Einrichtung des Hauses machte sich in jeder Beziehung fühlbar. Von einem neuen Parlamentsgebäude verlautet in der jetzigen Lage natürlich nichts.

[Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten] hat heute den Hagensen Antrag, das Budget für 1864 zuerst zu beraten, ohne Discussion sowie ohne Widerspruch des Commissars für das Finanzministerium, Geh. Rath Mölle, einstimmig angenommen und ist darauf sofort in die Beratung der Etats der directen und indirecten Steuern und des Salzmonopols eingetreten und hat diese Etats gleich durchberathen. Ueberhaupt wird die Budget-Commission ihre Arbeiten diesmal möglichst beschleunigen; bei der Ausdruckslosigkeit aller Budgetverhandlungen gegenüber dem bekannten Passus der Thronrede, ist die thunlichste Vereinfachung der Beratung unter Weglassung aller sonst üblichen allgemeinen Anträge (auf Erparnisse, Verbesserungen und dergl.), so ziemlich der einstimmige Wunsch in der liberalen Majorität. Nur die abermalige erforderliche Auscheidung der Reorganisationskosten beim Militär-Etat wird die Budget-Commission einigermaßen aufhalten.

[Untersuchungscommission wegen Beeinflussung der Wahlen.] Seit einiger Zeit haben in den beiden großen liberalen Fractionen Beratungen stattgefunden wegen der Frage, ob in Bezug auf die Wahlen die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungscommission zu beantragen sei. Jetzt sind diese Verhandlungen beendet und als Ergebnis liegt folgender Antrag der Abg. Schulze (Berlin), v. Carlowitz u. Genossen vor: „Das Haus der Abg. wolle beschließen, behufs der Information des Hauses wegen der bei den letzten Wahlen der Abgeordneten vorgenommenen gesetzwidrigen Beeinflussung der Wähler und Verhinderung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit preussischer Staatsbürger wird, in Gemäßheit Art. 82 der Verfassung eine Commission zur Untersuchung der Thatfachen eingesetzt und derselben aufgegeben, die geeigneten Ermittlungen vorzunehmen und dem Hause Bericht darüber zu erstatten. — Motive: die bei der Legitimationsprüfung zur Sprache gekommenen Thatfachen. — Der Antrag ist von Mitgliedern beider liberaler Fractionen zahlreich unterstützt. — Der Art. 82 der Verfassung lautet: „Eine jede Kammer hat die Befugnis, behufs ihrer Information Commissionen zur Untersuchung von Thatfachen zu ernennen.“

[Wegen eines in der schleswig-holsteinischen Sache zu stellenden Antrages] ist eine gemeinsame Commission von Mitgliedern des linken Centrums und der deutschen Fortschrittspartei eingesetzt, die wahrscheinlich heute Abend ihre Berathung beenden wird.

[Der gestern eingebrachte Antrag auf Unterbrechung der Untersuchung] der drei polnischen Abg. v. Sulczycki, v. Niemojski und Dr. Szumowski während der Session ist, wie mitgeteilt, der Justiz-Commission zugewiesen; nach Referenten hat der Vorsitzende derselben, Dr. Simson, den Abg. Zimmermann ernannt. Der Fortgang der Sache wird

zunächst davon abhängen, welche Auskunft die Regierung über den Stand des Prozesses giebt.

[Militär-Revolution.] Zu Montag ist die Einbringung der Militär-Revolution im Hause der Abgeordneten zu erwarten; von interessanten Wahlen kommt wahrscheinlich schon die des Herrn Wanzur zur Berathung.

[Berichtigung.] In dem gestrigen Kammerbericht war nach der Freese'schen Correspondenz mitgeteilt worden, daß Herr Abg. Hahn (Ratibor) in seiner Rede geäußert habe: „die Verordnung vom 1. Juni habe höchst segensreich gewirkt, da einzelne Zeitungen (Breslauer Zeitung, Posener Zeitung) einen weit ruhigeren Ton angenommen hätten.“ Nach den stenographischen Aufzeichnungen der Hassenberg'schen Mittheilungen, die uns erst gestern Abend zugegangen sind, lautet die Stelle der betreffenden Rede vielmehr so: „Einzelne Zeitungen haben freilich freiwillig den Mund geschlossen, andere, z. B. die Breslauer Zeitung nicht, und es hat ihr doch nichts geschadet.“ Hat nun auch der Herr Abg. Hahn, wie wir gern einräumen, im Abgeordneten-Hause bisher noch nicht gerade glänzende Proben seines Wissens und Talents abgelegt, so ist doch wohl nicht anzunehmen, daß ein Redner, welcher überhaupt über die Presse spricht, zwei so total verschiedene Zeitungen, wie die Breslauer und die Posener, zusammenstellen sollte; es scheint also die Hassenberg'sche Mittheilung die richtigere zu sein. Selbredend ist uns natürlich ganz gleichgültig, was der Herr Abg. Hahn, den wir unserer Schwesterstadt Ratibor durchaus nicht beneiden, über die Breslauer Zeitung denkt und spricht. D. Red. d. Bresl. Ztg.

N. S. Nachträglich finden wir die Rede des so schnell berühmt gewordenen Abg. für Ratibor in der „Kreuzzeitung“ ganz stenographisch; darnach lautete die betreffende Stelle folgendermaßen: „Es haben sich allerdings einzelne Zeitung freiwillig den Mund verschlossen, andere aber haben dies nicht gethan und nach wie vor in freimüthiger, wenn auch in ruhiger Weise die öffentlichen Angelegenheiten des Landes besprochen. Ich nenne eine Zeitung aus meiner Heimath, die ganz entschieden derjenigen Richtung angehört, die durch Ihre Majorität vertreten ist, nämlich die Breslauer Zeitung. Diese hat fast alle Angelegenheiten des Landes ohne Ausnahme ihrer Besprechung, ihrer eingehenden und kritischen Besprechung nach wie vor unterzogen und ist darin nicht gehindert worden. (Ruf: Ist verworren worden!)“

[Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein] am 6. Juli 1829 geboren und seit dem 11. September 1856 mit einer Prinzessin von Hohenlohe Langenburg, Cousine der Königin von England, vermählt, die ihm bis jetzt 2 Töchter geboren hat. Er hat schon die Feldzüge von 1848—50 im schleswig-holsteinischen Generalstabe (à la suite) für seine und des Landes Rechte mitgemacht; jetzt ist er Major à la suite in der preussischen Armee.

[Der Erbprinz von Augustenburg] soll vorgestern Abend von Se. Majestät dem Könige empfangen und gestern nach Frankfurt a. M. abgereist sein.

[Die Beamten und die Wahlen.] Die „Nordd. A. Ztg.“ schreibt heute: „Der Herr Minister des Innern erklärte bekanntlich, aus Anlaß eines gegen die Regierung gerichteten Angriffs der Opposition, der an das Wahl-circular eines der Herren Landräthe angeknüpft wurde, daß er wegen dieses Circulars Bericht eingefordert und darauf aufmerksam gemacht habe, daß kein mittelbarer und kein unmittelbarer Beamte für seine Stimmabgabe irgendwie verantwortlich zu machen, am wenigsten mit einem Disciplinarverfahren zu bedrohen sei.“ Die Oppositionsblätter beuten mit ihrer gewohnten Facit der Perfidie diese Worte aus. Die „Volksz.“ sagt z. B.: „Die Beamten, welche für die „gute Sache“ das Aeußerste geleistet zu haben meinen, sind nun von ihrem höchsten Vorgesetzten in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses desabwärt.“

Und auf der anderen Seite werden von den Organen der äußersten Rechten die Worte des Ministers ebenfalls einer Kritik unterzogen, wie denn z. B. die „Zeidler'sche Correspondenz“ die Hoffnung ausspricht, daß jene Anklagen

„nicht die bleibende Meinung der Regierung seien, denn sonst würde es in der That unmöglich sein, die notwendige Zucht der Treue und des Gehorsams wieder herzustellen.“

Die von zwei so verschiedenen Seiten her gegen den Minister gerichteten Angriffe zeichnen eben so wohl die Situation im Allgemeinen, als die schwierige Stellung des Kabinetts im Besonderen. So tief also haben wir uns schon hineingegeben in den wahren Parteihader, daß die alten, achtunggebietenden Traditionen der preuß. Krone, nach welchen die Regierung des Königs allen Vorgesetzten des Staates gerichtet werden soll, nicht mehr geachtet werden möchten, daß man die Regierung des Königs dazu treiben will, einen Gewissenszwang auf die Unterscheidenden auszuüben, und daß es von der einen Seite bedauert wird, daß dieser Zwang nicht geübt wird, während man von der anderen Seite her die Regierung aus demselben Grunde verhöhnt. Denn es ist wirklich ein großer Unterschied zwischen dem Wahlerlaß des Hrn. Ministers des Innern, welcher auf die regierungsfeindlichen Agitationen der Beamten hinweist, und der Zumuthung, den Beamten für die Abgabe seiner Stimme verantwortlich zu machen.“

[Der frühere Abgeordnete zum deutschen Parlament, Dr. Zimmermann] trat am 16. Abends in eine parterre gelegene Gaststube in der Dresdenerstraße und forderte rasch eine Flasche Soda-Wasser. Noch ehe das Bestellte gebracht worden war, sank er bewußtlos zu Boden. Es wurde sogleich ein Arzt geholt, und nach mehrstündigen Bemühungen gelang es, den vom Schläge Betroffenen so weit herzustellen, daß er nach einem Krankenhausteufel geschafft werden konnte. Sein Zustand soll nicht unbedenklich sein.

[Prozeß gegen den Fiscus.] In der dritten Abtheilung des Kammergerichts unter Vorsitz des Kammergerichtsraths Frenkel wurde heute der Prozeß des Generalconsuls J. D. Spiegelthal gegen den Fiscus wegen verweigerter Auszahlung des vollen Dienstentkommens verhandelt. Das Kammergericht erkannte, theilweise unter Vernichtung des Erkenntnisses des Kreisgerichts in Potsdam in erster Instanz, daß dem Kläger sein ganzes früheres Dienstentkommen von 2600 Thlr. vom 1. September 1861 ab nebst 5 pCt. Zinsen auszusahlen sei, so wie die im Gesetz vorgesehenen Umzugskosten in Höhe des Sages für gesellschaftliche Beamte 2. Klasse.

[Der Redacteur des „Publicist“ Dr. Thiele] war wegen Anreizung zum Ungehorsam gegen obrigkeitliche Anordnungen angeklagt, weil er auf die Anfrage eines Abonnenten in Betreff der Reinigung der Bürgersteige durch die Hauswirthe in Nr. 18 des „Publ.“ geantwortet hatte, daß sich die Organisation eines passiven Widerstandes lohnen möchte. In erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz zu 50 Thlr. Geldbuße verurtheilt, hatte er die Nichtigkeitseinsprüche eingelegt, die vom Ober-Tribunal jedoch verworfen worden ist. Dagegen hat das Ober-Tribunal die Sache auf die Nichtigkeitseinsprüche der Staatsanwaltschaft, zur nochmaligen Entscheidung über den Antrag des Staatsanwalts auf Verlußt der Concession zum Gewerbebetriebe, an das Kammergericht zurückgewiesen.

[Verweis.] Den Polizeibeamten, welche Versammlungen hiesiger Vereine unter Verufung auf die Polizeistunde aufgelöst haben, ist ein Verweis ertheilt worden.

[Von den beiden Divisionen, die den Befehl zur Kriegsbereitschaft erhalten haben], bildet die 13te Division die eine Hälfte des 7. Armee-Corps (Minister) und umfaßt das 1. Westfälische Infanterie-Regt. (Nr. 13), 5. Westf. Inf.-Regt. (Nr. 53), 2. Westf. Inf.-

Regt. (Nr. 15), 6. Westf. Inf.-Regt. (Nr. 55), das Westf. Kür.-Regt. (Nr. 4), das 1. Westf. Hus.-Regt. (Nr. 8), einen Theil der Westf. Art.-Brigade (Nr. 7), einen Theil des Westf. Pionnier-Bataillons (Nr. 7), einen Theil des Westf. Jäger-Bataillons (Nr. 7) und einen Theil des 7ten Train-Bataillons.

[Schleswig-Holstein am Bundestage.] Die „B. u. H.-Z.“ erhält folgende Mittheilung zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit aus Frankfurt: Die Bundestags-Sitzung, die morgen hätte stattfinden müssen, ist verlegt, da Herr v. Kübeck in großer Verlegenheit ist, wie er die durch den Tod des Königs von Dänemark veranlaßten Formalien der neuen Beglaubigung des Barons v. Dirckinck-Holmfeld zu behandeln habe. Dieser dänische Diplomat hat Herrn v. Kübeck eröffnet, er sei vorläufig von der Erneuerung seiner Creditivse durch König Christian IX. von Kopenhagen aus benachrichtigt worden. Gleichzeitig hat Herr v. Mohl, der badische Bundestags-Gesandte, mitgeteilt, daß er mit Zustimmung seiner Regierung vom Erbprinzen von Augustenburg mit der Vollmacht versehen sei, dessen Regierungsantritt in den Herzogthümern anzuzeigen. Da nun derselbe nicht nur als Gesandter des Königs von Dänemark, sondern auch als Vertreter des Herzogs von Holstein, Schleswig und Lauenburg beim Bunde accreditirt ist, nach dem Standpunkte der Bundesversammlung aber, die die am 8. Mai 1852 festgestellte Erbfolgeordnung nicht anerkennt, eine neue Beglaubigung des Gesandten in dieser Eigenschaft nicht zugelassen werden kann, so entsteht ein im formellen Wege gar nicht zu umgehendes Dilemma. Herr v. Kübeck hat hierüber mit den Gesandten der größeren Bundesstaaten vertraulich conferirt, es hat ein ununterbrochener Depechenwechsel zwischen den Gesandten und ihren Regierungen stattgefunden, um bis zur nächsten, nicht länger als bis Sonnabend zu verschiebenden, Sitzung zu einer Verständigung über das nothwendige gemeinsame Verhalten in dieser Sache zu gelangen, es soll aber bis jetzt noch nicht gelungen sein, die maßgebenden Regierungen zu vereinigen. Wahrscheinlich wird der dänische Gesandte in der Sitzung erscheinen und Anzeige von dem Thronwechsel erstatten, wogegen aber von Seiten des Herrn v. Mohl und derjenigen Regierungen, die den Erbprinzen Friedrich bereits als den legitimen Thronfolger in den zum deutschen Bunde gehörenden Landen anerkannt haben, Protest erhoben werden wird. Von den Königreichen wird dem Vernehmen nach Hannover sich dem Protest sofort anschließen.

[Schleswig-Holstein'sches.] In einer zahlreich besuchten Bezirksversammlung der Stadtbezirke 10, 11 und 13 (2. berliner Wahlbezirk) wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Es ist die unabwiesliche Pflicht des deutschen Volkes, ungeachtet mit allen Mitteln für die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein einzutreten und namentlich auf die Volksvertretungen und Regierungen dahin zu wirken, daß diesem Recht sofort thatsächlich, selbst mit Waffengewalt Geltung verschafft werde.“

Königsberg, 19. Nov. [Amtliche Berichtigung.] Der Redaction des „Verfassungsfreundes“ ist von der Königl. Regierung folgende Berichtigung zugegangen: „Der Artikel unter „Lokales“ in Nr. 91 des „Verfassungsfreundes“, eine Regierungs-Verfügung an die Beamten der Administration betreffend, wird amtlich dahin berichtigt: daß allerdings die bezeichneten Beamten zur Mittheilung der Beweggründe, aus denen sie im regierungsfeindlichen Sinne gewählt haben, veranlaßt sind, daß aber eine höhere Ordre, welche diese Maßnahme reprobirt, nicht eingegangen ist.“

Stettin, 20. November. [Beschlagnahme.] Gestern wurde hier eine interessante Entdeckung gemacht. Das Schiff „Spica“, mit einer Ladung Stückgüter von Antwerpen hier angekommen, hatte unter denselben an die Expeditionshandlung von Lion M. Sohn 25 Faß Rothwein, zum Durchgange nach Polen bestimmt. Bei dem Entlößen des Weines war ein Faß ausgelaufen, und schlug man, durch ein eigenthümliches Klappern aufmerksam gemacht, den Boden desselben auf. Man fand in dem Fasse eine hermetisch verschlossene Blechkapsel und in dieser ca. 80 Pfd. Pulver. Ebenso in den anderen 24 Fässern, so daß das Gesamtquantum des Pulvers ca. 20 Str. beträgt. Die Fässer sind von der Steuerbehörde vorläufig mit Beschlagnahme belegt und der Polizeibehörde darüber Mittheilung gemacht. (N. St. Z.)

Finstenwalde, 18. Nov. [Nichtbestätigung.] Wie der „A. Z.“ gemeldet wird, ist der Wahl des praktischen Arztes Dr. Fellenberg als Magistratsmitgliedes die Bestätigung der Regierung versagt worden. Herr Fellenberg war von 1851 bis 1862 Abgeordneter und gehörte erst der Vincke'schen, dann der Bodum-Doll'schen Fraction an.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Nov. [Bei Beginn der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung] stellte Dr. Stern den dringlichen Antrag: „Die gesetzgebende Versammlung richtet an den Senat die dringende Aufforderung, die Anerkennung des bisherigen Erbprinzen Friedrich als nunmehrigen Herzogs von Schleswig, Holstein und Lauenburg auszusprechen und durch den Gesandten der freien Stadt Frankfurt beim Bundestag diese Anerkennung durch das Organ des deutschen Bundes auf das Dringendste zu beantragen und zu befördern.“ Der Moment — äußerte der Antragsteller — sei jetzt gekommen, wo Deutschland das anerkannte und unzweifelhafte Recht der Herzogthümer wahrnehmen oder für immer aufgeben müsse. Es müsse seine Pflicht erfüllen und diese deutschen Provinzen vor Usurpation schützen. Der Bund habe das londoner Protokoll von 1852 nicht anerkannt und habe kein Recht, einen Abgeordneten des Protokoll-Prinzen aufzunehmen. Es sei Pflicht, die Rechte der Herzogthümer nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu schützen und zu wahren gegen jeden Gegner, der sie nicht anerkennen oder gar einen Angriff auf sie unternehmen möchte. Wenn auch die freie Stadt Frankfurt keinen Ausschlag gebe, so müsse doch die gesetzgebende Versammlung für eine Sache eintreten, die jeder Deutsche als eine gerechte anerkenne. Herr Dr. Kugler unterstützte den Antrag, da es Pflicht jedes Deutschen sei, diese Sache zu unterstützen. Bei dieser Frage werde sich zeigen, ob in den deutschen Fürsten noch deutscher Patriotismus lebe. Der Antrag wurde hierauf zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. (Trf. Z.)

Hannover, 19. Nov. [In der schleswig-holsteinischen Sache] hat Herr v. Bennigsen die Mitglieder des Ausschusses des Nationalvereins telegraphisch auf nächsten Sonntag nach Berlin berufen. Auch hier in der Stadt wird eine schleswig-holsteinische Versammlung vorbereitet. Bei der Stimmung, wie sie schon jetzt sich kundgiebt, wird die Versammlung laut und entschieden ein Eintreten für die völlge

